Die Sahara

Europas tödliche Außengrenze II

Herausgegeben von

borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen
& Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Inhalt

2 **«Die Sahara - Europas tödliche Außengrenze II»**
Die Festung Europa ist schwer verriegelt – die neue Grenze im Süden verläuft mitten durch die Sahara und fordert Tote nicht nur im Mittelmeer, sondern auch in der Wüste.

3 **«2019: Die politische Landschaft in Nordafrika wird aufgemischt»**
Ein Überblick

5 **«Alarme Phone Sahara kämpft gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit»**
Ein Netzwerk in Subsahara Afrika klärt auf und unterstützt.

6 **«Viele verlieren ihren Verstand»**
Algerien setzt tausende von Migrant*innen einfach in der Wüste aus. Alarme Phone Sahara versucht zu helfen – hat aber fast keinerlei Mittel. Die UN Migrationsbehörde IOM erzwingt die Einwilligung zur "freiwilligen" Rückkehr mit Nothilfe in der Wüste.

8 **«Die Festung Algerien – Warum sich das Land in das EU-Grenzkontrollregime einbinden lässt»**
Massenabschiebungen, die Militarisierung der Außengrenzen, die nicht enden wollende Aufrüstung des Militär- und Polizeiapparates und eine aggressive und xenophobe Rhetorik der Regierung, die gezielt Ressentiments gegen Einwanderer in der Bevölkerung schürt. Die „Festung Algerien“ ist längst kein geflügeltes Wort mehr, sie ist Realität und wird sukzessive ausgebaut.

13 **«Neue Schlepperrouten: mit dem Flugzeug um die Welt»**
Die EU hat seit dem Sommer der Migration 2015 enorme Anstrengungen unternommen, die Migrationsrouten aus Afrika zu schließen. Das ist gelungen. Jetzt werden afrikanische Flüchtlinge mit dem Flugzeug um die halbe Welt geschleust.

17 **«Die neue Realität heißt Blockierung- wir müssen uns davon befreien, weil wir sonst ersticken»**

18 **«Libyen - Migranten als Bauernopfer der kriegführenden Parteien»**
Im April begann die bewaffnete Konfrontation zwischen der Regierung des National Accord (GNA) - die in Tripolis regiert - und dem in Bengazi ansässigen General Haftar. Migrant*innen und Geflüchtete werden nicht nur zwischen den beiden libyschen Parteien, sondern auch auf dem Verhandlungstisch mit der Europäischen Union zu einer wertvollen Ware.

Impressum

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Gneisenaustr. 2a, 10961,
Berlin, Deutschland
P: +49 (0)176 420 276 55
E: mail@borderline-europe.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Sebastianstr. 21, 10179
Berlin, Deutschland
P: +49 (0)30 308 779 480
E: info@bildungswerk-boell.de

Realisiert mit Mitteln der Deutschen Klassenlotterie Berlin

Redaktion:
Andrea Stäritz

Gestaltung / Design:
Andrea Picadaci
andrep10100@gmail.com
www.andreapicadaci.com

Fotografien:
Giacomo Zandonini

Die Festung Europa ist schwer verriegelt – die neue Grenze im Süden verläuft mitten durch die Sahara und fordert Tote nicht nur im Mittelmeer, sondern auch in der Wüste.

«Die Sahara - Europas tödliche Außengrenze II»

2019 war nun Wachablösung in den EU-Anrainerstaaten. Die alten Türwächter wie Al Bashir in Sudan haben ausgedient - andere wie Ägypten und Tunesien lassen sich weiterhin vor Europas Karren spannen, machen die Grenzen zu und fangen Migrant*Innen ab. Aber auch neue Regenten ersteigen ihre Throne. Und die Migrant*innen erkunden neue Routen...

Der Versuch Tunesien, Algerien und Marokko als sogenannte Sichere Drittstaaten zu erklären ist aufgeschoben, nicht jedoch die Bemühungen Migration aus dem Maghreb zu blockieren. Die Europäische Union setzt auf eine Doppelstrategie: Diplomatischer Druck auf die Maghreb-Staaten zur rigiden Kontrolle der Mittelmeerküste und umfangreiche Förderpakete als Belohnung. So entwickelt sich ein neues Ping-Pong. Abschiebungen von Tunesien nach Libyen - von Algerien nach Niger - Marokko übernimmt Migrant*innen von Spanien und schiebt wiederum nach Westafrika ab - von wo sich die Menschen erneut gen Norden aufmachen. Libyen spuckt weiterhin in die Suppe und lässt alle Internierten frei, die wiederum auf der erneuten Flucht verdursten oder ertrinken. Algerien wiederum spielt eine ambivalente Rolle, geht das Land doch massiv gegen Einwanderer und Transit-Migrant*innen vor, drückt jedoch bei Algerier*innen, die sich vermehrt in Richtung Europa auf den Weg machen, ein Auge zu.

Diese Broschüre ist Ergebnis einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Zusammenarbeit mit Alarme Phone Sahara und der Apelius Foundation in Libyen.

Andrea Stäritz,
borderline europe, Dezember 2019 –
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

«2019 : Die politische Landschaft in Nord- und Ostafrika wird aufgemischt»

10. Februar 2019

Der ägyptische Staatspräident Abdel Fattah Saeed Hussein Khalil el-Sisi übernimmt den Vorsitz der Afrikanischen Union. Der General ist früherer Direktor der Militäraufklärung sowie früherer Verteidigungsminister. Sisi prahlt damit, dass seit Ende 2016 kein Schiff mit Migrant*innen Ägypten verlassen habe. Im Dezember 2016 hatte Ägypten ein Gesetz gegen Migration erlassen. Danach wurde der EU-Egypt Migration Dialogue aufgenommen und im Oktober 2017 das Egypt Framework Paper on Cooperation with EU on Migration unterzeichnet.

02. April 2019

Algeriens Präsident Abdelaziz Bouteflika tritt nach Massenprotesten gegen seine erneute, fünfte Kandidatur zurück. Seit Februar protestieren Studierende und Zivilgesellschaft dienstags und freitags gegen die Kontinuität der Kabale rund um Bouteflika. Seit seinem ersten Schlaganfall 2013 war der über 80-Jährige kaum noch in der Öffentlichkeit aufgetreten.

11. April 2019

Zehn Jahre nachdem der Internationale Strafgerichtshof (ICC) einen Haftbefehl gegen Omar Hassan Ahmad al-Bashir erlassen hat, wurde der sudanesische Präsident nach mehreren Monaten ziviler Proteste mittels eines Militärcoups seines Amtes enthoben. Trotz Anklage wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegs - verbrechen in Darfour vereinbarte die Europäische Union den Karthoum Prozess mit dem Diktator und baute nach dem Migrationsgipfel in Valetta 2015 eine gemeinsame Agentur, das Regional Operational Centre (ROCK) in Karthoum, zur Migrationsbekämpfung auf.

25. Juli 2019

Der tunesische Präsident Beji Caid Essebsi, Präsident und säkuläre Stimme nach der Jasmin-Revolution 2011, stirbt. In den Wahlen im Oktober überwiegen islamische Kräfte, die sich auch als anti-kolonial gegenüber Frankreich/ der EU positionieren. Die Regierung Essebsi hat das Mobility Partnership Agreement im März 2014 akzeptiert, weigert sich jedoch – genauso wie die anderen Maghreb-Staaten - ein Migration Center einzurichten. Diese Anlandezentren sollen sowohl Flüchtlinge/ Migrant*innen, die Richtung Europa unterwegs sind, als auch aus Europa Deportierte aufnehmen.

02. August 2019

Der libysche Innenminister Fathi Bashagha kündigt an, die drei größten Migrantengefängnisse in Misrata, Tajoura und Khoms zu schließen. Die Regierung (GNA) betreibt 12 Gefängnisse. Weitere sind in den Händenvon Milizen und General Haftar, der im Osten die Macht hält und seit April 2019 eine militärische Offensive zur Eroberung des gesamten Landes führt. Im Juli hatte der UNHCR die Schließung aller Lager gefordert, nachdem das Lager in Tajoura von einer Rakete getroffen worden war.

10. September 2019

Ruandas Präsident Kagame vereinbart mit dem Hohen Flüchtlingsrat der Vereinten Nationen (UNHCR) also Europäische Union (EU) und der Internationalen Migationsbehörde der Vereinten Nationen (IOM) Geflüchtete aus Libyen aufzunehmen. Die ersten 500 Evakuierten landen Anfang Oktober in Kigali. Nach Angaben der UN sind etwa 4700 Geflüchtete in Libyen inhaftiert. Nach den CNN Berichten im November 2017 hatte die Afrikanische Union (AU) unter dem Vorsitz von Kagame mit der EU und IOM eine Joint Task Force zur Evakuierung von Geflüchtete und Migrant*innen gebildet. Ruanda hat zugesichert, 30.000 Vertriebene (IDPs), Migrant*innen und Rückehrer*innen aufzunehmen. IOM zählt Ende 2019 gut 1,2 Millionen IDPs, Migrant*innen und Rückkehrer*innen in Libyen.

14. Oktober 2019

Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed erhält den Friedensnobelpreis für die Versöhnung von Eritrea und Äthiopien. Abiy war nach Massenprotesten im Oktober 2018 gewählt worden. Nach seiner Amtsübernahme wurden hunderte von politischen Gefangenen und Journalist*innen aus der Haft entlassen, blockierte Webseiten freigeschaltet und die Hälfte aller Kabinettsposten mit Frauen besetzt.

«Alarme Phone Sahara kämpft für die Bewegungsfreiheit »

Von **Moctar Amadou Dan Yayé**

Das Gesetz 036-2015 **https://tinyurl.com/uj7k6hj** bezieht sich auf Menschenhandel. Es wurde erst 2016 richtig angewandt, nachdem Niger von der europäischen Union mit einer Vielzahl von Projekten aus dem neu aufgelegten EU-Treuhandfond für Afrika bedacht worden war. Hunderte von Fahrern und Transport-Unternehmern sind verhaftet, viele Fahrzeuge für die Wege durch die Wüste sind ohne Entschädigung konfisziert worden. Offizielle Quellen sprechen von 113 vermuteten Schmugglern und 104 Verhaftungen, berichtet die Deutsche Welle.

Das Gesetz sieht Strafen bis zu 5 Millionen CFA (etwa 7500 €) und 10 Jahre Haft für Unterstützer von illegaler Ein- oder Ausreise vor, wenn direkte und indirekte finanzielle oder andere materielle Vorteile damit verbunden sind. Schon der Versuch ist strafbar, besagt das Gesetz.

Der Niger ist zweigeteilt, weil er sich an der Grenze von ECOWAS und Maghreb befindet und auch an der Grenze nach Europa. Es gibt einen Teil, indem man sich frei bewegen kann und einen anderen, wo man überwacht und kontrolliert und behindert wird. Das Gesetz teilt die Menschen in Kategorien ein: Männer, Frauen, Reiche und Arme, Leute aus dem Süden, aus dem Norden.

Die Situation ist seit 2016 sehr ernst. Aber es wird immer schlimmer. Jeder ist verdächtig ein Schlepper zu sein, die Fahrer, die Reisenden, die Fahrkartenverkäufer, die Agenturen, die Transportunternehmer.

Die Menschen sind in ihren Geschäften blockiert, der Handel ist blockiert, selbst der Verkauf von Essen kann als Unterstützung von Illegalen ausgelegt werden. Käufer, Händler, Verkäufer, alle sind verdächtigt. Und erst recht die, die sich bewegen.

Jede kleine Panne kann lebensgefährlich sein.

Wenn ich zum Beispiel nach Ghana reisen möchte, dann muss ich durch die Wüste. Aber die Wüste ist wie ein Meer, die muss man kennen, man muss sie meistern und natürlich gibt es Fahrer, die sich auskennen, aber die sind jetzt verdächtig. Jetzt, mit der Repression, da gibt es die Kontrollposten, die Militärkontrollen, alle versuchen diese Kontrollen zu umgehen. Das ist natürlich möglich, weil die Wüste weitläufig ist. Aber diejenigen, die der Korruption und der Repression entgehen wollen, riskieren viel. Jede kleine Panne kann lebensgefährlich sein. Denn wer den Kontrollen entgehen will, kann auch keine Hilfe bei den Behörden erbitten. Da gibt es kein Telefonnetz, kein Internet, keine Kommunikation. Keine Spuren im Sand, dass dich jemand finden könnte.

Wir klären über Fata Morganas auf, wie man mögliche Wasserquellen finden kann. Und wie man gemeinsam Hoffnung bewahrt. Weil man ohne Hoffnung nicht überlebt.

Die Repression wird mit der Unsicherheit, mit der Präsenz der Terroristen legitimiert. Wir wollen weder ermutigen noch abraten. Alarme Phone Sahara klärt auf. Über die Gefahren und wie man Pannenhilfe organisieren kann. Wir sagen den Reisenden, dass der Fahrer Gefahr läuft, als Menschenhändler ins Gefängnis zu wandern und vielleicht wegrennt, wenn er Militär sieht. Dass die Reisenden zusammenbleiben sollen und sich gemeinsam unterstützen, um Schatten und Wasser zufinden.

Wir klären über Fata Morganas auf, wie man mögliche Wasserquellen finden kann. Und wie man gemeinsam Hoffnung bewahrt. Weil man ohne Hoffnung nicht überlebt. Der Weg ist gefährlich, aber oftmals ist die Situation, die hinter den Menschen liegt, noch gefährlicher, oder aussichtsloser. Und natürlich verteilen wir die Notrufnummer - das ist ja unser Programm!

Moctar Amadou Dan Yayé ist Pressesprecher bei Aarme Phone Sahara in Niamey, Niger

Algerien setzt tausende von Migranten einfach in der Wüste aus. Alarm Phone Sahara versucht zu helfen – hat aber fast keinerlei Mittel. Die UN Migrationsbehörde IOM erzwingt die Einwilligung zur „freiwilligen“ Rückkehr mit Nothilfe in der Wüste.

«Viele verlieren ihren Verstand»

Von **Aziz Chehou**

Die Auswirkungen der externalisierten Grenzen sind schrecklich. Die EU flieht ihrer Verantwortung. Ihrer Verantwortung, die Menschenrechte zu beschützen. Europa schließt einfach die Grenzen. Und Algerien schiebt in vorauseilendem Gehorsam alle Menschen aus Subsahara Afrika in die Wüste ab. Unseren Whistle-Blowern werden zurzeit immer wieder Fälle von Menschen gemeldet, die an der Grenze im No-Man’s Land ausgesetzt werden. Menschen werden ohne Vorwarnung in Nordalgerien auf

Unser Whistle-Blower vor Ort, tapfer wie er ist, trifft auf Menschen, die total durcheinander sind, am Rande des Wahnsinns, kurz vor dem Verdursten, hungrig, müde.

LKWs gepackt und in der Wüste ausgesetzt. Die Menschen landen in Assamaka, das ist etwa 210 km von Arlit entfernt, auf der Straße von Niger nach Algerien. Etwa 15 Kilometer bevor das algerische No-men’s Land beginnt.

Algerien hat lediglich einen Beobachter-Status im Rabat-Prozess und hat verschiedene Rückübernahme-Abkommen mit der EU sowie mit einzelnen Mitgliedsstaaten abgeschlossen. Algiers weigert sich, genauso wie die anderen Maghreb Staaten, Auffanglager für die Europäsiche Union einzurichten.

10.10.2018:
Nach Schätzungen der IOM **https://tinyurl.com/totby5j** wurden seit 2014 etwa 35.600 Menschen aus Niger ausgewiesen, darunter mehr als 12.000 Menschen seit Anfang 2018 und mehr als 8000 Migrant*innen aus Westafrika seit September 2017.

Alarme Phone Sahara berichtet, dass ihre Mitarbeiter in Niger die Ankunft von 3231 Menschen an der Grenze in Assamaka zwischen dem 23. September und dem 20. Oktober 2019 beobachtet haben.

Am 15.10.2019 hat IOM (Migrationsorganisation der Vereinten Nationen) den ersten Charterflug mit sogenannten „freiwilligen Rückkehrern“ von Algiers nach Niamey durchgeführt.

Es gibt Abschiebungen und Rückweisungen. Was die Rückweisungen der algerischen Behörden betrifft, das Refoulement, werden de facto alle Menschen, ohne Rücksicht auf Nationalität oder Anliegen zurückgewiesen. Das geschieht an dem Ort, der Point Zero heißt. Die Konvois erreichen den Ort in der Nacht, oft gegen Mitternacht. Dann zeigt man ihnen das Licht von Assamaka, der nächstgelegenen Stadt. Man sagt ihnen, lauft los, ihr müsst hier weg! Aber bevor sie in Assamaka ankommen, haben die Bewohner oftmals für die Nacht das Licht ausgemacht und die Leute verlieren die Orientierung und sind für immer in der Wüste verloren.

Wir sehen, dass sie psychisch krank sind, aber wir haben doch keine Ahnung, was man da tun muss. Wir sind doch keine Psychiater.

Dorthin geht es. Sie beginnen zu laufen, als Gruppe, Frauen, Kinder, Alte, Schwangere. Ohne Wasser, ohne etwas zu essen, ohne Medikamente. Es sind Kranke unter ihnen, denn die Leute werden ohne Vorbereitung auf die LKWs geladen und in die Wüste gebracht. Es handelt sich oftmals um Menschen, die es zu einem gewissen Wohlstand gebracht haben. Aber man verhaftet sie von der Straße weg, lädt sie auf LKWs, setzt sie in der Wüste aus. Viele verlieren den Verstand. Das ist zu viel. Unser Whistle-Blower vor Ort, tapfer wie er ist, trifft auf Menschen, die total durcheinander sind, am Rande des Wahnsinns, kurz vor dem Verdursten, hungrig, müde. Und dann hat er nur armselige Mittel um zu helfen: ein wenig Milch, manchmal Schuhe, Hygieneartikel für die Frauen. Etwas zu essen oder etwas Wasser.

Wir von Alarme Phone sind ja sehr, sehr, sehr begrenzt in unseren Mitteln. Und wir haben so vieles nötig: Eine Ausbildung zum Beispiel, wir haben ja keine Erfahrung, wie man mit Leuten in solch einer Situation umgeht. Dennoch müssen wir den Leuten Stärke vermitteln, sodass sie die Kraft haben, das Leben wieder von Neuem zu beginnen.

Die machen ihre Hilfe aber vom Einverständnis zu einer Rückführung ins Heimatland abhängig. Das ist natürlich sehr fragwürdig, und man muss sich fragen, ob das noch eine freiwillige Rückkehr ist.

Unsere Whistle-Blower haben noch nicht einmal ein Auto. Wir fahren auf Motorrädern an die Orte, wo die Geflüchteten anlanden und dann können sie grad mal zwei Leute auf den Motorrädern mitnehmen. Obwohl auf einmal 200 oder 300 Menschen ankommen. Die Taten unserer Whistle-Blower verdienen Anerkennung. Das sind ja einfache Bürger, die auch nicht viel zu teilen haben.

Viele Leute die ankommen, sind wirklich krank, die reden mit sich selbst oder sind nicht ansprechbar. Wir sehen, dass sie psychisch krank sind, aber wir haben doch keine Ahnung, was man da tun muss. Wir sind doch keine Psychiater. Und wir haben keine Möglichkeiten, die Leute ins Krankenhaus zu schicken.

Es gibt noch andere Helfer. Das ist die Unterstützung durch die IOM. Die machen ihre Hilfe aber vom Einverständnis zu einer Rückführung ins Heimatland abhängig. Das ist natürlich sehr fragwürdig, und man muss sich fragen, ob das noch eine freiwillige Rückkehr ist. IOM sagt: „Wir kümmern uns nur um die Leute, die zu einer freiwilligen Rückkehr bereit sind. Wenn nicht, lassen wir dich in Ruhe“. Das ist doch keine Wahl, das ist doch erzwungen. Man stelle sich das vor: ein/e Migrant*in, der alles verloren hat, und nun zurück soll, was soll er seiner Familie sagen, seinen Geschwistern, seinen Nachbarn, die alle investiert haben, sogar Tiere und Land geopfert haben. Und er hat alles verloren. Er muss doch von Neuem beginnen. Und dabei muss man ihm helfen!

Dann sind da noch die Frauen, viele mit unerwünschter Schwangerschaft. Was sollen die ihren Kindern sagen? Wer ist dein Vater? Einer von den vielen, von denen sie vergewaltigt worden ist. Die Frauen brauchen Hilfe und Unterstützung. Und es sind ja auch Männer. Ich erinnere mich an einen Kameruner, der konnte sich nicht setzen, weil der von einer ganzen Gruppe von Banditen vergewaltigt worden sind. Ich habe eine Frau in Assamaka getroffen die erzählte, dass sie von mehr als 10 Banditen vergewaltigt worden ist. Dann wurde sie in der Wüste ausgesetzt und war kurz vor dem Verdursten. Ein Mann hat ihr dann seinen Urin gegeben, nur damit sie nicht stirbt.

Diese ganze Situation ist Resultat der Externalisierung der Grenzen Europas. Auch das Gesetz 36-2015, dass den Transport von Migranten und die Unterstützung von Migranten kriminalisiert. Brauchen wir so eine Politik, so ein Gesetz, das so ein Elend hervorbringt? Wir denken nicht.

Aziz Chehou ist Koordinator und Sprecher von Alarme Phone Sahara, Agadez, Niger.

Massenabschiebungen, die Militarisierung der Außengrenzen, die nicht enden wollende Aufrüstung des Militär- und Polizeiapparates und eine aggressive und xenophobe Rhetorik der Regierung, die gezielt Ressentiments gegen Einwanderer in der Bevölkerung schürt. Die „Festung Algerien“ ist längst kein geflügeltes Wort mehr, sie ist Realität und wird sukzessive ausgebaut.

«Die Festung Algerien – Warum sich das Land in das EU-Grenzkontrollregime einbinden lässt»

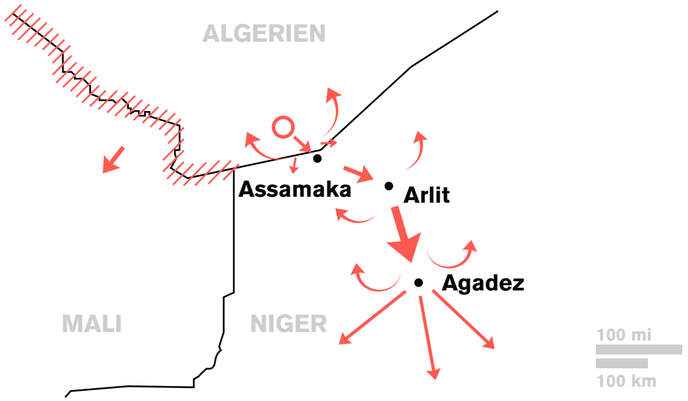
Von **Sofian Philip Naceur**

Algeriens autoritäre Staatsführung kooperiert immer enger mit Europa. Das Land galt zwar jahrelang als widerspenstiger Partner in migrationspolitischen Belangen, zeigt sich aber zuletzt kooperationsbereiter und instrumentalisiert - ganz nach dem Vorbild der Türkei und Ägyptens - die migrationspolitische Zusammenarbeit mit der EU für außen- und machtpolitische Zwecke. Während Algeriens polizeiliche Kooperation mit Europa 2019 ausgeweitet wurde, hat auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) inzwischen ihren Fuß in der Tür und spielt in Sachen EU-Grenzauslagerung nach Algerien eine immer wichtigere Rolle.

Seit Oktober 2019 organisiert IOM gemeinsam mit algerischen Behörden Sammelabschiebungen von algerischen Flughäfen nach Niamey in Niger[1] und schob bisher 279 in Al-

www.

[1] https://bit.ly/2NslvrU
[2] https://bit.ly/36Zl1lC
[3] https://bit.ly/30pmjDX
[4] https://bit.ly/3877UyZ
[5] https://bit.ly/30oiJdB
[6] https://bit.ly/2NsJxEi



↑ Ausweisung aus Algerien

gerien lebende nigrische Bürger*innen in das Nachbarland ab - ein Durchbruch für IOMs Aktivitäten in Algerien, das derartige Abschiebungen „freiwillige Rückführungen“ nennt. Schon im März fiel derweil der Startschuss für ein EU-finanziertes Kooperationsprojekt, in dessen Rahmen technische Unterstützung für Algeriens Polizeiapparat geleistet wird. Das von CIVIPOL und französischen und spanischen Innenbehörden durchgeführte, mit 1,3 Millionen Euro dotierte Projekt will die Kapazitäten der algerischen Polizei stärken und diese international enger einbinden.[2]

Mit dem Ausbau der migrationspolitischen Kooperation mit der EU will Gaïd Salah daher der heraufziehenden Kritik europäischer Staaten an den heftiger werdenden Repressalien einen Riegel vorschieben und sich international den Rücken freihalten

Der Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung ist jedoch pikant. Denn seit Februar 2019 fordert eine landesweite Protestbewegung Algeriens Staatsklasse heraus und demonstriert seit zehn Monaten ununterbrochen für einen politischen Wandel und ein Ende von Korruption und Misswirtschaft. Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika und seine Regierung mussten sich im April dem Druck der Massenproteste beugen und zurücktreten. Doch die von mehreren Millionen Menschen getragene Bewegung gibt sich mit den kosmetischen Personalwechseln an der Staatsspitze nicht zufrieden und mobilisiert fleißig weiter.

Seit Bouteflikas Rücktritt hat das Militär unter Armeechef Ahmed Gaïd Salah seinen politischen Einfluss jedoch stark ausgeweitet und will mit den seit Oktober intensivierten Repressalien gegen Oppositionelle, Demonstrant*innen und Journalist*innen die Büchse der Pandora gewaltsam wieder schließen. Bisher erfolglos. Mit dem Ausbau der migrationspolitischen Kooperation mit der EU will Gaïd Salah daher der heraufziehenden Kritik europäischer Staaten an den heftiger werdenden Repressalien einen Riegel vorschieben und sich international den Rücken freihalten - eine Rechnung, die angesichts der Bedeutung Algeriens für ein funktionierendes EU-Grenzkontrollregime in Nordafrika, aufgehen dürfte.

Algeriens Grenzkontrollpolitik und die migrationspolitische Kooperation mit der EU sind dabei keineswegs neu und stehen bereits seit Jahren in einem nicht widerspruchsfreien Spannungsverhältnis mit sicherheitspolitischen Entwicklungen im Sahel, den Aktivitäten terroristischer Gruppen in der Region, den Kriegen in Libyen und Mali sowie Algeriens bilateralem Konflikt mit dem Nachbarland Marokko. Nach Ende des algerischen Bürgerkrieges Anfang der 2000er hatten sich bewaffnete Gruppen nach Südalgerien und in den Norden Malis zurückgezogen. Der Aufbau eines Grenzkontrollregimes an Algeriens Südgrenzen findet daher nicht nur vor dem Hintergrund der Vorverlagerung der EU-Außengrenzen statt, verfolgt Algerien damit doch auch eigene regional- und sicherheitspolitische Ziele und will mit der Militarisierung seiner Grenzen das Einsickern bewaffneter Gruppen verhindern.

Sofian Philip Naceur ist freier Journalist und berichtet aus Kairo und Tunis unter anderem für den Standard in Wien und die Junge Welt in Berlin.

Die militärisch-polizeiliche Abriegelungspolitik Europas profitiert davon jedoch direkt, intensiviert Algerien doch seit 2011 seine Abschottungsbemühungen massiv. Auf den Bau eines 50 Kilometer langen Zauns an der Grenze zu Mali 2012 folgte die Errichtung von teils mit elektronischer Überwachungstechnik ausgerüsteten Befestigungsanlagen an den Grenzen zu Tunesien und Libyen. Die Grenze zu Marokko ist auf einer Länge von 500 Kilometern praktisch abgeriegelt, werden doch hier schon seit 15 Jahren Zäune, Gräben und Grenzposten aufgebaut.[3]

Algerien rüstet zudem seit 2005 in beispielloser Manier seinen Sicherheitsapparat auf. Zwar ist Russland weiter mit Abstand Algeriens wichtigster Waffenlieferant, doch

Im Rahmen eines Joint Ventures mit Algeriens Verteidigungsministerium lässt Rheinmetall seit 2018 in einer Fabrik vor Ort den Spürpanzer Fuchs montieren und lieferte im August 2019 erstmals Teilsätze für den Radpanzer Boxer

Deutschland ist seit 2011 zum zweitgrößten Versorger des Landes mit Rüstungs- und Ausrüstungsgütern aufgestiegen. Im Rahmen eines Joint Ventures mit Algeriens Verteidigungsministerium lässt Rheinmetall seit 2018 in einer Fabrik vor Ort den Spürpanzer Fuchs montieren und lieferte im August 2019 erstmals Teilsätze für den Radpanzer Boxer, berichten algerische Medien.[4]
In drei Montagefabriken im Land laufen zudem eine Vielzahl an Fahrzeugtypen aus dem Hause Daimler für Algeriens Polizei und das Militär vom Band - darunter die G-Klasse und militärische Lkws. Die Firma Hensoldt produziert gemeinsam mit dem algerischen Staat optronische Geräte für Algeriens Armee - ebenfalls in einer lokalen Fertigungsstätte.

Während deutsche Unternehmen Algerien damit genau jene Ausrüstung bereitstellen, die das Land für die Abschottung seiner Grenzen braucht, hält Algeriens Regierung trotz massiver Kritik an seiner rigorosen Abschie-

Während deutsche Unternehmen Algerien damit genau jene Ausrüstung bereitstellen, die das Land für die Abschottung seiner Grenzen braucht, hält Algeriens Regierung trotz massiver Kritik an seiner rigorosen Abschiebepolitik fest.

bepolitik fest. Auf Grundlage eines 2014 geschlossenen Rücknahmeabkommens mit Niger schob Algerien seither zehntausende Menschen dorthin ab.[5] Algerische Behörden lassen im Zuge von regelrechten Abschiebekapagnen meist mehrere hundert Menschen im Norden des Landes verhaften, bringen sie in Buskonvois ins mehr als 2500 Kilometer entfernte Grenzgebiet und setzen sie dann mitten in der Wüste aus. Allein zwischen September und Oktober 2019 sollen mehr als 3200[6] Menschen nach Niger abgeschoben worden sein.

Während die landesweiten Proteste gegen die Staatsführung um Armeechef Gaïd Salah auch im Dezember unvermindert weiter gehen, will Algeriens personell neu aufgestellte Staatsklasse um jeden Preis den Aufbruch der verkrusteten Machtstrukturen im Land verhindern und die Protestbewegung ausbremsen. Die schon 2015 eingesetzte Wirtschaftskrise spitzt sich derweil immer weiter zu und dürfte das Land über kurz oder lang dazu zwingen, Kredite im Ausland aufzunehmen. Auch deshalb ist zu erwarten, dass Algerien seine migrationspolitische Kooperation mit der EU künftig intensivieren wird. Ein Ende der Abschiebe- und Grenzabschottungspolitik ist kaum in Sicht, ist diese angesichts der innenpolitischen Instabilitäten doch auch im Interesse der Staatsführung in Algier.

Deportationen von Algerien

22. Mai 2018
Die Vereinten Nationen fordern Algerien auf, die Deportationen von Migrant*innen in die Wüste zu stoppen. Migrant*-innen werden auf LKWs geladen, ohne die Papiere zu prüfen und ohne Wasser in der Wüste ausgesetzt.

2. Mai 2019
Point Zero: 336 Personen, darunter 7 Bangladeshi, die als Nicht-CEDEAO Personen von den nigrischen Behörden nach Algerien zurückgeschoben wurden. APS

2. Oktober 2017
Amnesty International verurteilt Massenabschiebungen aus Algerien. Innerhalb von 3 Wochen seien 2000 Menschen aus Subsahara Afrika nach Hautfarbe selektioniert, verhaftet und nach Niger und Mali ausgewiesen worden. Unter den Ausgewiesen waren 300 Minderjährige und mindestens 25 unbegleitete Kinder.

11. November 2019
Algerien schiebt 3.200 Sub-Sahara-Afrikaner*innen innerhalb eines Monats ab. (Middle East Monitor)

Hintergrund: Algerien Deportationen

Algerisch-Nigrisches Rücknahmeabkommen: Jedes Jahr werden auf der Basis des Rechtsabkommens zwischen Niger und Algerien seit 2014 tausende Migrant* - innen nach Niger „repatriiert“. Die IOM bietet humanitäre Assistenz inklusive Unterstützung bei der Registrierung für die Abgeschobenen nach Ankunft in Niger mit Hilfe ihres „Migrant Response and Resource Mechanism (MRRM).

IOM Niger führt nach internationalen Protesten jetzt Search and Resuce Operationen (SAR) in dem Grenzgebiet zwischen Algerien und Niger durch. Es gibt offizielle Konvois, die von nigrischen Beamten begleitet werden und irreguläre Deportationen, bei denen die Menschen etwa 15 km von der Grenze entfernt, am Point Zero, ausgesetzt werden.

Algerien und Niger haben ein Abkommen zur Rückübernahme von irregulären Migrant* innen geschlossen. Zwischen Dezember 2014 und November 2018 wurden so laut Algerischem Innenministerium 37.000 Nigrer*innen abgeschoben. Darunter sind jedoch viele Menschen anderer Nationalität.

Seit Oktober 2016 bringt IOM Migrant*innen und Geflüchtete von Assamka und Point Zero nach Agadez. Die Menschen sind oft traumatisiert und dehydriert, manche verletzt.

Im Juni 2019 führte IOM sechs humanitäre Rettungsaktionen durch und rettete 1.280 Migrant*innen die Notrufe gesendet hatten. Alarme Phone Sahara berichtet, dass die Migrant*innen sofort „freiwillige“ Ausreise-Dokumente unterschreiben müssen. Weitere SAR Aktionen werden von Agadez, Arit und Dirkou aus durchgeführt. 28% waren aus Mali, 20% aus Guinea,15% aus Niger, 7% von Côte d'Ivoire und 6% aus Kamerun und 5% aus Gambia.

↑ Migranten überqueren nach einem Sturm einen Strom auf der Sahara route nach Libyen

↓ Ein ghanaischer Migrant, der tagelang in der Sahara ausgesetzt war, ist kurz davor an Dehydrierung zu sterben

↑ Migranten überqueren einen überfluteten Fluß an den Hängen zwischen Agadez und Libyen

↓ Migrant*innen, die auf dem Weg nach Libyen in der Wüste verlassen worden sind, erhalten erste Hilfe bevor sie von Sicherheitskräften verhaftet werden.

Die EU hat seit 2015 enorme Anstrengungen unternommen, die Migrationsrouten aus Afrika zu schließen. Dies ist gelungen. Jetzt werden afrikanische Geflüchtete mit dem Flugzeug um die halbe Welt geschleust.

«Neue Schlepperrouten: mit dem Flugzeug um die Welt»

Von **Simone Schlindwein**

Zwischen Afrika und Südamerika liegen tausende Kilometer Ozean, die nicht einfach mit dem Schlauchboot zu bewältigen sind. Und dennoch vermelden südamerikanische Behörden immer mehr afrikanische Geflüchtete, die dort ankommen.

Selbst aus dem fernen Horn von Afrika im Osten finden zunehmend mehr Eritreer*innen ihren Weg über den Atlantik, berichtet Zecarias Gerrima von Africa Monitors mit Sitz in Uganda. Die eritreische Menschenrechtsorganisation recherchiert die Fluchtrouten ihrer Landsleute und ist mit vielen auf ihren langen Reisen über Whatsapp oder Facebook in Kontakt. Viele schreiben ihm, sie würden derzeit ihren Weg in die USA versuchen: „Sie fliegen von afrikanischen Flughäfen zuerst nach Südamerika – zum Beispiel Uruguay. Von dort geht es mit dem Auto weiter“, sagt Gerrima. „Weil sie Kontrollen meiden müssten, sind sie oft monatelang unterwegs, manchmal sogar Jahre.“

Auch ein 23-jähriger Eritreer, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will, überlegt nun, diesen Weg zu gehen. Mit Sonnenbrille sitzt er in einem Gartenlokal in Ugandas Hauptstadt Kampala. Er sei im vergangenen September aus dem brutalen Militärdienst in Eritrea geflohen, berichtet er. „Dass sich in Eritrea bald etwas ändert, daran glaube ich nicht mehr, im Gegenteil“, sagt er. Es gebe keine Hoffnung mehr.

*Bislang flohen die meisten Eritreer*innen über die Lager in Äthiopien oder Sudan durch die Wüste nach Libyen bis ans Mittelmeer. Doch diese Route ist jetzt dicht.*

Er hatte sich nach Schleppern umgehört. Bislang flohen die meisten Eritreer*innen über die Lager in Äthiopien oder Sudan durch die Wüste nach Libyen bis ans Mittelmeer. Doch diese Route ist jetzt dicht. Der Grund: „Die Sudanesen nehmen Eritreer*innen fest und deportieren sie“, weiß Gerrima von seinen eritreischen Flüchtlingskontakten. Sudans Grenzschützer würden der Europäischen Union (EU) beweisen wollen, dass sie die Migrationsrouten schließen. Dabei wüssten sie ganz genau, dass es für die Eritreer*innen nicht sicher ist, zurückzukehren, sagt Gerrima: „Sie schicken sie in den Tod.“

„Es hat die Schlepper nur klügergemacht“

Seit der sogenannten Flüchtlingskrise in Europa 2015 hat die EU großen Aufwand betrieben, die afrikanischen Regierungen auf den Migrationsrouten gen Europa als Türsteher anzuheuern. Als Gegenleistung wurde von der EU der drei Milliarden Euro schwere „Nothilfefonds für Afrika“ aufgelegt. Teile dieser Gelder wurden auch den lang isolierten Regimen in Eritrea und Sudan angeboten, wenn sie sich für die Migrations-Verhinderungspolitik der EU einspannen lassen. Vier Jahre später nun hat die EU ihr Ziel erreicht. Die Zahl der Migrant*innen und Geflüchteten, die dieses Jahr in der EU ankamen, hat sich verringert. Die Zahl der Eritreer*innen zum Beispiel, die in Europas Ländern Asylanträge stellen, hat sich seit 2015 fast halbiert. Doch dies bedeutet nicht, dass weniger Menschen fliehen, im Gegenteil: Allein in Uganda sind seit der Öffnung der eritreischen Grenzen über eine Viertel Million eritreische Flüchtlinge angekommen. Wie der 23-Jährige sind die meisten von Schleppern anstatt gen Norden in Richtung Mittelmeer für rund 1500 Dollar mit dem Bus gen Süden über Kenia nach Uganda geschleust worden. Das kleine Land hat eine der liberalsten Flüchtlingspolitiken weltweit, über eine Million Geflüchtete leben hier in den größten Lagern des Kontinents.

Bis zu 30.000 Dollar zahlen Geflüchtete pro Person bis nach Südamerika. Ein gutes Geschäft für die Schlepper.

Ein weiteres erklärtes Ziel der EU-Migrationspolitik gegenüber Afrika war ursprünglich, die Schleusernetzwerke auszuschalten. Doch: „Es hat die Schlepper nur klügergemacht“, so Gerrima. Seitdem die Routen von Ostafrika kommend gen Europa dicht sind, ist Uganda das neue Drehkreuz. Eritreische Schlepper, die vorher in Sudan und Libyen tätig waren, haben sich ebenfalls nach Uganda verlagert, um der Festnahme durch Sudans Behörden zu entgehen. Aufgrund der immensen Korruption in Ugandas Immigrationsbehörden lassen sich hier einfach Pässe besorgen. Von Uganda aus kann man visafrei in die Nachbarländer reisen oder auch in das

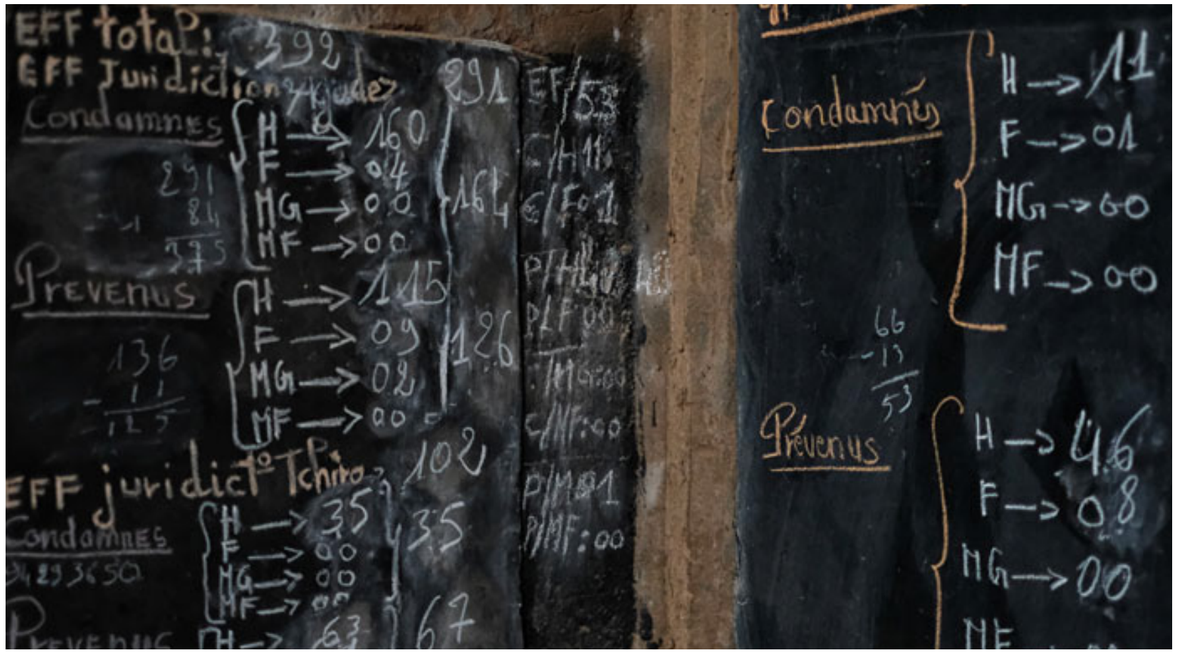
→ Neue Fluchtrouten aus Eritrea

befreundete Malaysia. Von dort aus werden dann Visa für Südamerika beschafft. „Vorher wurden nur Schlauchboote besorgt, um Geflüchtete über das Mittelmeer zu schiffen“, so Gerrima. Dazu werden mehrere Visa benötigt. Doch jetzt gehen die Routen über mehrere Länder, sie beschaffen mehrere Visa. „Die Schlepper investieren mehr Geld und Anstrengung, sie werden gerissener“, so Gerrima.

Und: Sie werden immer reicher. Denn diese neuen Routen mit dem Flugzeug sind teuer. Bis zu 30.000 Dollar zahlen Geflüchtete pro Person bis nach Südamerika. Ein gutes Geschäft für die Schlepper. Das Geld investieren sie großzügig in Restaurants, Hotels und Supermärkte in Uganda - offenbar unbemerkt. Moses Binoga, zuständig für die Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusertum in Ugandas Einwanderungsbehörde, erklärt: Von Schleppernetzwerken, die Flüchtlinge über den Atlantik schmuggeln, wisse er nichts.

Auch der 23-Jährige aus Eritrea überlegt nun, von Uganda aus eine solche Route zu nehmen. In Kampala habe er im Oktober 2018 einen Asylantrag gestellt, berichtet er. Doch mit der Bearbeitung der zahlreichen Asylanträge kommt Ugandas Regierung derzeit kaum hinterher. Besonders die komplizierte Einzelfallprüfung der Eritreer*innen dauert Jahre. Er habe erst für das Jahr 2021 einen Termin zur Vorsprache bekommen. „Doch solange will ich nicht warten“, sagt er. „Ich habe keine andere Wahl“.

Simone Schlindwein ist TAZ-Korrespondentin Region der Großen Seen



↑ Eine Tafel mit den Nummern der Häftlinge am Eingang des Gefängnisbüros von Agadez

↓ Sow Ammar, ein guineischer Migrant, hilft einer jungen nigerianischen Frau, die nach Tagen in der Sahara dehydriert ist

→ Während einer Patrouille der Nationalgarde vor Agadez

«Die neue Realität heißt Blockierung - wir müssen uns davon befreien, weil wir sonst ersticken»

Von **Alassane Dirkou**

Alassane Dirkou, Alarmphone Sahara, Koordinator Mali

In Westafrika gibt es eine Kultur der Bewegung. Das ist nicht nur Handel und Reisen, wir leben in einer gemeinschaftlichen Bewegung. Die Wirtschaft basiert auf Bewegung: die der Fischer entlang der Küste, der nomadischen Hirten, der fahrenden Händler. Nun haben wir eine neue Realität: die Realität der Blockierungen. Wir müssen uns davon befreien, da wir sonst ersticken. Unser Leben ist Bewegung, es geht nicht nur um ein Aufbrechen und Ankommen, um Einschließen und Verschließen, sondern um eine Öffnung für eine neue Perspektive. Selbst der Frühling in Tunesien und Libyen war ja schließlich nur eine Sehnsucht sich zu bewegen und frische Luft zu schnappen.

Mali wurde von 2008 bis 2010 zum biometrischen Laboratorium

Die neue Realität ist jedoch Bewegungskontrolle. Da sind die Grenzkontrollen, finanziert durch die Europäische Union. Das Monitoring von Migration, von Bewegung. Dafür sind wir alle biometrisiert worden. Unter dem Vorwand, dass die Papiere sicherer werden sollen. Obwohl wir doch in der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS Freizügigkeit genießen. Mali wurde von 2008 bis 2010 zum biometrischen Laboratorium: Da wurden Blutproben genommen, Augen und Finger vermessen, Menschen zu Daten. Alles, nur um Menschen auch ohne Papiere identifizieren zu können. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus. Das legitimierte auch eine Verstärkung der Präsenz der Europäer, die kontrollieren, und alle Wege wurden militarisiert.

Die Menschen sind Opfer dieser Kontrolle und Militarisierung. Wer in Niger, Senegal und Elfenbeinküste heute reisen möchte, hat doppelte Kosten. Die Fahrer werden doppelt zur Kasse gebeten. Alle jene, die keinen biometrischen Ausweis haben, zahlen doppelt. An jedem Checkpoint. Jeder ist gezwungen sich biometrisch erfassen zu lassen. Auch die Checkpoints dienen angeblich ja nur dazu Terroristen zu fangen, jedoch stoppen sie Händler, Reisende, Nomaden und alle, die sich einfach nur bewegen wollen. Dazu kommt noch die reale Militarisierung. Die UN hat die Minusma geschickt, die die Straßen kontrolliert, dazu die französische Armee mit der Operation Barkane, und noch einige ausländische Truppen mehr. Sie blockieren unser Leben, unsere Freiheit und unsere Perspektiven. Das ist die neue Realität. —

Im April begann die bewaffnete Konfrontation zwischen der Regierung des National Accord (GNA) - die in Tripolis regiert - und dem in Bengazi ansässigen General Haftar. Migrant*innen und Geflüchtete werden nicht nur zwischen den beiden libyschen Parteien, sondern auch auf dem Verhandlungstisch mit der Europäischen Union zu einer wertvollen Ware.

«Libyen - Migrant*innen als Bauernopfer der kriegführenden Parteien »

Von **Omar Sofian**

Der Zeitpunkt für den Beginn der Offensive von General Haftar zur Eroberung von Tripolis war gut gewählt. Eine Woche vor der Nationalkonferenz am 12. April in der südlibyschen Stadt Gadamis. Die Mission der Vereinten Nationen (UNSMIL) hatte Friedensgespräche angekündigt, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung wuchs. Die Situation war bereits extrem polarisiert zwischen den beiden Teilen des Landes, Tripolitanien im Nordwesten und Cyrenaica im Osten. Viele Gespräche und Versuche wurden mit Hilfe der UNO und vieler EU-Länder geführt, aber die politischen Vertreter auf beiden Seiten schienen nur aus diplomatischen Gründen ohne wirkliche Verhandlungsabsicht teilzunehmen. So hatte UNSMIL unter der Leitung von Gassan Salama die Idee einer Nationalen Konferenz vorgeschlagen, um den Politikern die langwierigen Friedensgespräche aus den Händen zu nehmen, zu einer Konferenz, auf der alle libyschen Akteure vertreten sein

Internierungslager in Libyen

Am 2. Juli wurde das Internierungslager Tajoura außerhalb von Tripolis bombardiert, 53 Migrant*innen wurden getötet, mehr als 130 verletzt. Etwa 260 Menschen flohen aus dem Gebäude.

Nach der Verurteilung des Angriffs durch die Vereinten Nationen kündigte der libysche Innenminister (GNA) Fathi Bashagha an, im August drei der größten Migrantengefängnisse in Misrata, Tajoura und Khoms zu schließen. Lediglich Misrata wird im Oktober geschlossen.

Migration ohne gültiges Visum ist in Libyen illegal. Migrant*innen ohne Visum können in einer der mehr als 33 Internierungslager festgehalten werden. Laut IOM (International Organisation of Migration) gibt es in Libyen 700.000 bis 1 Million undokumentierte Migrant*innen. Bis Juni 2019 haben die UN-Organisationen 301.407 Binnenvertriebene und 655.144 Migrant*innen gezählt. Rund 52.000 Geflüchtete und Asylbewerber*innen wurden beim Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) in Libyen registriert.

Irreguläre Migrant*innen können vom Department for Combatting Illegal Immigration (DCIM) verhaftet und in die Lager gebracht werden. Migranten, die das Mittelmeer überqueren und von der Küstenwache abgefangen wurden, werden ebenfalls direkt in die Haftanstalten gebracht.

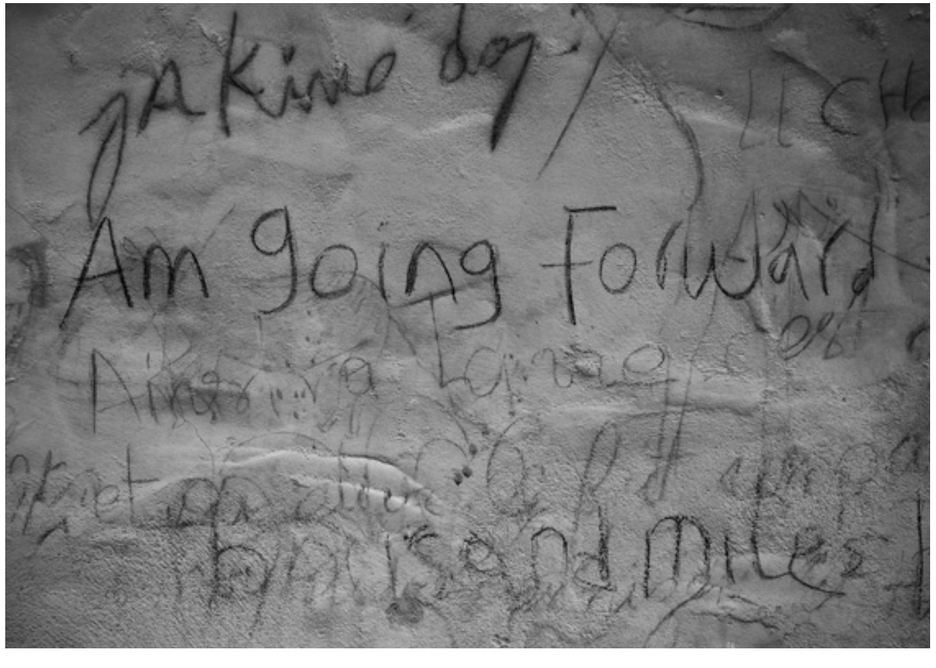
Es gibt Hinweise darauf, dass die Internierungslager geschlossen und Migrant*innen in reguläre Gefängnisse verlegt werden könnten.

sollten und nicht nur die Konfliktparteien. Eine Idee, die einen neuen Weg eröffnen und das politische Spiel in Libyen in eine bessere Form hätte bringen können.

Friedensgespräche, die dazu führen, dass General Haftar eine normale Rolle in einem demokratischen System spielt, schienen für die internationalen Akteure nicht befriedigend zu sein.

Eine solche Konferenz war offensichtlich eine Bedrohung für General Haftar's Machtträume. Haftar glaubte, mit der Unterstützung seiner internationalen Verbündeten könne er sich alles nehmen, die Macht in Libyen übernehmen. Länder wie Saudi-Arabien, VAE, Frankreich und Ägypten hatten stark in General Haftar als neuen starken Mann in Libyen investiert. Die Rolle und der Druck seiner Verbündeten sind ein wesentlicher Faktor der politischen Dynamik Libyens. Friedensgespräche, die dazu führen, dass General Haftar eine normale Rolle in einem demokratischen System spielt, schienen für die internationalen Akteure nicht befriedigend zu sein. Das bedeutete nichts Geringeres als die Kontrolle des gesamten Landes mit all seinen strategischen Ressourcen und auch die Unterdrückung der neuen Welle demokratischer Bewegungen in der Region, die als echte Bedrohung für seine Verbündeten angesehen wurde.

*Es wurden die beiden Karten "Terrorismus" und "Migrant*innen" gezückt, mit denen seit Langem gerne sanfter Druck gegen die EU-Länder ausgeübt wurde.*



→ Schriften an den Wenden des IOM-Transitzentrum

Zunächst plante Hafter, mit massiver Unterstützung seiner Verbündeten, mit Geld und Waffen, Tripolis in kurzer Zeit zu übernehmen. Diese Hoffnungen verblassten, als er vor Ort eine starke militärische Opposition vorfand, die ihn in militärischen Auseinandersetzungen verwickelte, die bis heute andauern.

Als die Offensive nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, wandte sich Haftar an die Europäische Union. Es wurden die beiden Karten "Terrorismus" und "Migranten" gezückt, mit denen seit Langem gerne sanfter Druck gegen die EU-Länder ausgeübt wurde. Libysche Politiker beider Seiten haben nie damit gezögert. Jedoch war die LAAF (Haftar's libysche arabische Streitkräfte) in der Lage stärkere Versprechungen zu machen, da Haftar sich keinerlei humanitären Ideen verpflichtet fühlt. Dies hatte auch den Vorteil, gleichzeitig eine mögliche Opposition gegen eine zukünftige Militärregierung im Voraus zu neutralisieren.

Während die Dynamik der libyschen Machtspiele nicht einfach vorherzusagen ist, nutzt die IOM die Gelegenheit, ihre Position als "Agentur für (erzwungene) freiwillige Rückkehr" zu stärken, um Libyen von Flüchtlingen zu befreien, die an der Küste des Mittelmeers gestrandet sind.

Diese Alternativlosigkeit ist unmenschlich.

Da es keine Alternative zu dem gefährlichen Weg über das Meer oder das Leiden in den Internierungslagern für die Flüchtlinge und Migrant*innen gibt, ist der Aufenthalt in Libyen sehr schwierig. Manchmal scheint es, als hätten sie keine andere Wahl, als zwischen zwei Horror-Szenarien zu wählen. Für Migrant*innen, die manchmal versuchen, als Geflüchtete registriert zu werden, ist das freiwillige humanitäre Rückkehrprogramm der IOM (VHR) in vielen Fällen eine gute Option, wenn sie es nicht in die EU geschafft haben. Im Falle der Geflüchteten, die bereits vor einer schrecklichen Situation im Heimatland geflohen sind, reichen diese beiden Optionen jedoch nicht aus. Diese Alternativlosigkeit ist unmenschlich. Infolgedessen sehen sich viele von ihnen gezwungen, die Wellen des Meeres erneut zu versuchen, in einem Kampf um Leben und Tod.

Omar Sofian Apuleius Foundation for Research & Humanitarian Studies, Zuwara (Libyen)

Apuleius ist ein libertärer "Think Tank", der Forschung, Beratung und Projekte zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und politischer Entscheidungsträger betreibt. Apuleius von Madauro war ein Amazigh Philosoph im 2. Jahrhundert A.D.

DTM Libya

Current Round:
Round No. **26** *(June - July 2019)*

301,407 IDPs

447,025 Returnees

655,144 Migrants

Source:
https://www.globaldtm.info/libya/